

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

72. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. August 2007, 10:45 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

i. V. v. Anna Schlosser-Keichel

Günther Hildebrand (FDP)

i. V. v. Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Beihilfen zugunsten des Lübecker Flughafens	4
Antrag der FDP-Fraktion Umdruck 16/2206	
2. Liquiditätshilfen für die Sachsen LB	5
3. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2007	6
Drucksache 16/1250	
4. Haushaltsvollzug 2007, Einzelplan 13; hier: Einwilligung in zusätzliche Ausgaben gegen Deckung nach § 7 Abs. 2 HG 2007/08	7
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/2250	
5. Information/Kenntnisnahme	8
6. Gespräch mit der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein	10
a) Vorstellung des neuen Geschäftsführers der GMSH, Henrik Harms	
b) CO₂-Einsparung in der Landesverwaltung	
Vorlage der Landesregierung Umdruck 16/1951	
c) Berücksichtigung von Tariftreue und Mindestlohn	
(s. vom Landtag am 11. Juli 2007 verabschiedetes Tariftreuegesetz, Drucksache 16/1488)	
7. Verschiedenes	11

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:45 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Beihilfen zugunsten des Lübecker Flughafens

Antrag der FDP-Fraktion
Umdruck 16/2206

M Austermann berichtet über die Konsequenzen des von der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleiteten Prüfverfahrens, Umdruck 16/2387.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Liquiditätshilfen für die Sachsen LB

M Wiegard teilt mit, im Rahmen des Haftungsverbundes der Sparkassenorganisation würden der Sachsen LB Liquiditätshilfen im Umfang von 17 Milliarden € gewährt, die eine Zinsbelastung von rund 800 Millionen € bedeuteten. Die Beteiligung der HSH Nordbank mit 2 Milliarden € an der Hilfsaktion gefährde nicht die Handlungsfähigkeit der HSH. Er stellt klar, dass die Liquiditätshilfe kein Verlustausgleich sei; ob ein Verlust eintrete, werde sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen. Das Land Sachsen sei als Gewährträger für seine Landesbank voll in der Haftung und habe sie jetzt aus der Not heraus an die Landesbank Baden-Württemberg verkauft.

Eine Frage von Abg. Arp beantwortet der Minister dahin, er bedaure, dass die Entwicklung der West LB Spekulationen über eine schnellstmögliche Neuordnung der Landesbankenlandschaft auslöse, die man bisher immer erfolgreich abgewehrt habe. Die HSH werde Ende des Jahres organisatorisch börsenfähig sein; ab 2008 werde über einen Börsengang entschieden werden, um die Kapitalbasis der Bank zu stärken.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein - Tätigkeitsbericht 2007

Drucksache 16/1250

(überwiesen am 9. Mai 2007 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung; Fortsetzung der Beratung vom 31. Mai 2007)

hierzu: Stellungnahme des Finanzministeriums
Umdruck 16/2085

Der Finanzausschuss begrüßt den Dialog zwischen Finanzministerium und ULD und die Feststellung, dass sich deren Positionen angenähert haben. Ein Dissens zwischen Datenschutz und Finanzverwaltung bleibt bei der Einführung einer einheitlichen Steuernummer bestehen.

Der Finanzausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2007 des ULD abschließend zur Kenntnis.

P Dr. Altmann mahnt abermals die Umsetzung des Votums des Finanzausschusses zum ULD an, „mit Blick auf die Finanzlage des Landes und die herausragende Bedeutung des Datenschutzes eine Beratung darüber aufzunehmen, welche Aufgaben bei angemessener und sachgerechter Personalausstattung dem ULD künftig gesetzlich zugewiesen werden sollen“ (Drucksache 16/994).

Der Vorsitzende verweist in diesem Zusammenhang auf die Einlassung von Abg. Herdejürgen in der Finanzausschusssitzung am 31. Mai 2007.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Haushaltsvollzug 2007, Einzelplan 13;
hier: Einwilligung in zusätzliche Ausgaben gegen Deckung
nach § 7 Abs. 2 HG 2007/08**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2250

Einstimmig willigt der Ausschuss in zusätzliche Ausgaben gegen Deckung in Einzelplan 13 ein, Umdruck 16/2250.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

- Umdruck 16/2121 - Umstellung des Rechnungswesens auf SAP R/3
- Umdruck 16/2142 - Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2007
- Umdruck 16/2144 - Entwicklung der Frühpensionierungen 2006
- Umdruck 16/2146 - Zukunftsprogramm Wirtschaft (Begleitausschuss)
- Umdruck 16/2171 - Verkauf von Forderungen durch die Sparkasse Südholstein
- Umdruck 16/2172 - Seemannsschule Lübeck-Travemünde
- Umdruck 16/2173 - Verwaltungsmodernisierung im Geschäftsbereich des
Wirtschaftsministeriums
- Umdruck 16/2174 - JVA Lübeck
- Umdruck 16/2175 - Statistiken
- Umdruck 16/2194 - Zuwendungscontrolling
- Umdruck 16/2195 - Stellenveränderungen in Einzelplan 03
- Umdruck 16/2196 - Kostenrechnungssystem und Personalkostenbudgetierung
- Umdruck 16/2197 - Erlebniswald Trappenkamp
- Umdruck 16/2198 - Abschluss einer Kooperationsvereinbarung BAFöG-
Dialogverfahren
- Umdruck 16/2239 - Kredite, Finanzderivate, Schulden
- Umdruck 16/2241 - Science Center
- Umdruck 16/2242 - Planung ländlicher Wege und Förderung ländlicher Infrastruktur
- Umdruck 16/2243 - Stand SH-Fonds Juli 2007
- Umdruck 16/2247 - über- und außerplanmäßige Ausgaben II/2007
- Umdruck 16/2248 - Verwaltungsvereinbarung Verwaltungskostenbeiträge
Bergbehörden

Der Ausschuss nimmt die vorstehenden Umdrucke zur Kenntnis.

Bericht über die Entwicklung der Frühpensionierungen im Jahr 2006 - Umdruck 16/2144

Abg. Heinold möchte von der Landesregierung wissen, wann mit der Verabschiedung des Beamtenstatusgesetzes des Bundes zu rechnen sei. Sie ist sich mit den übrigen Mitgliedern des Finanzausschusses einig, als Land schnellstmöglich alle Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, durch eigene Gesetzesinitiativen Frühpensionierungen noch stärker zu vermeiden.

Verkauf von Forderungen durch die Sparkasse Südholstein - Umdruck 16/2171

Abg. Herdejürgen fragt, wann in dieser Angelegenheit mit einer Entscheidung des Oberlandesgerichtes zu rechnen sei.

Jährlicher Bericht der Seemannsschule Lübeck-Travemünde gemäß § 10 a LHO - Umdruck 16/2172

Der Vorsitzende möchte vom Wirtschaftsministerium wissen, wann die angekündigte Gebührenerhöhung umgesetzt werde.

Vorschläge zur Verwaltungsmodernisierung aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr - Umdruck 16/2173

Der Finanzausschuss folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, in einer der nächsten Sitzungen ein Gespräch mit dem Leiter des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr zu führen.

Gesamtzusammenstellung der seitens des Statistischen Amtes Nord durchgeführten Statistiken - Umdruck 16/2175

Abg. Heinold möchte von der Landesregierung wissen, welche Statistiken sie konkret abschaffen wolle.

Stellenveränderungen in den Kapiteln 0301 und 0302 - Umdruck 16/2195

Eine Frage von Abg. Heinold beantwortet RL Warnecke dahin, die Staatskanzlei werde die Absenkung des Personalkostenbudgets um 7,5 % bis zum Jahr 2010 erfüllen.

VP Dopp bedauert, dass nicht nachvollziehbar sei, welche finanziellen Auswirkungen die Stellenveränderungen innerhalb des Budgets ausmachten.

Abg. Astrup erinnert an die Zielsetzung der vom Finanzausschuss gewollten Budgetierung.

Kredite, Finanzderivate, Schulden - Umdruck 16/2239

Der Finanzausschuss würdigt die Leistungen des Referats „Kredit- und Zinsmanagement, Schulden- und Derivatverwaltung“ zur Begrenzung der Zinsausgaben des Landes.

M Wiegard macht auf die negativen Konsequenzen des Zinsanstiegs aufmerksam und kündigt einen Bericht über die voraussichtliche Entwicklung der Zinsbelastung des Landes in den nächsten Jahren an.

Science Center Schleswig-Holstein in Kiel - Umdruck 16/2241

Der Finanzausschuss folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, im 4. Quartal 2007 ein Gespräch mit der Stadt Kiel und dem Betreiber über das Science Center zu führen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Gespräch mit der GMSH

a) Vorstellung des neuen Geschäftsführers der GMSH, Henrik Harms

b) CO₂-Einsparung in der Landesverwaltung

Vorlage der Landesregierung
Umdruck 16/1951

c) Berücksichtigung von Tariftreue und Mindestlohn

Vorlage der GMSH
Umdruck 16/2298

(s. vom Landtag am 11. Juli 2007 verabschiedetes Tariftreuegesetz, Drucksache 16/1488)

Herr Harms stellt sich als neuer Geschäftsführer der GMSH vor. Auf eine Frage von Abg. Heinold führt er aus, die GMSH sei in dem Metier Energieeinsparung intensiv tätig und arbeite kontinuierlich an einer Betriebsoptimierung der vom Land genutzten Liegenschaften. Man arbeite mit einer Datenbank, deren Ergebnisse sich im Energiebericht widerspiegeln. Ziel sei, möglichst viel Transparenz zu schaffen und Schwerpunkte zu identifizieren.

Sodann trägt er zur Berücksichtigung von Tariftreue und Mindestlohn vor, Umdruck 16/2298.

Fragen von Abg. Spoorendonk beantwortet er dahin, während die entsprechenden Regelungen im Baubereich seit Jahren umgesetzt würden, würden sie ab 1. Juli 2007 auch für das Reinigungsgewerk angewendet. Hinsichtlich der Standorte der GMSH im Land, die für die Bauausführung der Bundesbauten zuständig sei, werde es Verschiebungen geben, die wesentlich vom Ort der Baustellen abhängen (insbesondere Sanierung der Kasernen).

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Heinold bittet die Landesregierung, zur Frage der EU-Konformität des **Lotto-Staatsvertrages** Stellung zu nehmen.

M Wiegard macht darauf aufmerksam, dass der Staatsvertrag zeitlich befristet sei, und bietet an, dem Finanzausschuss die unterschiedlichen Betrachtungsweisen zur Rechtslage darzustellen.

- b) Auf eine Frage von Abg. Heinold antwortet M Wiegard, in groben Zügen teile man die Kritik der Wohnungsbaugesellschaften an einer Regelung im **Jahressteuergesetz 2008**.

- c) Der Finanzausschuss beauftragt den Vorsitzenden, der Einladung der **Büchereizentrale Schleswig-Holstein** zu folgen und im Namen des Ausschusses ein Informationsgespräch mit der Büchereizentrale in Rendsburg zu führen.

- d) Am 6. September findet keine **Finanzausschusssitzung** statt. Die für Donnerstag, 13. September, 13:30 Uhr, vorgesehene Sitzung wird auf Mittwoch, **12. September**, 13:30 Uhr 2007, vorgezogen.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer